

Pressemitteilung

Krankenhausgesellschaft warnt vor Krankenhaussterben und Verlust von Arbeitsplätzen Aktionstag der Krankenhäuser 20. September 2023

Hamburg, 20. September 2023. Mit einem bundesweiten Protesttag machen die deutschen Krankenhäuser am 20. September 2023 auf ihre schwierige wirtschaftliche Lage aufmerksam. Auch Hamburger Krankenhäuser protestieren an diesem Tag bei der zentralen Kundgebung in Berlin.

Die Krankenhäuser fordern einen sofortigen Inflationsausgleich und die vollständige Finanzierung der Tarifsteigerungen, um die massiv gestiegenen Kosten ausgleichen zu können. Die Bundesregierung verweigert diesen Ausgleich bislang. Krankenhäuser können ihre Preise nicht an die Kostenentwicklung anpassen, wie es für andere Branchen völlig selbstverständlich ist. In der Folge kann fast kein Krankenhaus mehr seine Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bezahlen. Die Finanzierungslücke kann auch in den Folgejahren nicht mehr geschlossen werden. Dies gefährdet Arbeitsplätze und damit die Versorgung.

Die Krankenhausbranche ist als Rückgrat der medizinischen Versorgung eine tragende Säule der Gesundheitswirtschaft. Allein in Hamburg hat sich jedoch bis zum Jahresende 2023 durch Inflation und Tarifentwicklung nach Berechnungen der DKG ein Defizit von 200 Mio. Euro aufgebaut. In den vergangenen Jahren war die Gesundheitswirtschaft in Hamburg mit mehr als 4 % jährlich auf einem stabilen Wachstumskurs. 15,5 % der Hamburger Erwerbstätigen arbeiten in einem Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, davon 35.800 in den Hamburger Krankenhäusern; damit ist jeder siebte Arbeitsplatz mit dieser Branche verbunden.

Joachim Gemmel, 1. Vorsitzender der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft: „Ein ungerichtetes Krankenhaussterben, wie es der Bundesgesundheitsminister sehenden Auges in Kauf nimmt, bedeutet einen erheblichen Schaden für die Versorgung, aber auch für die Gesundheitswirtschaft insgesamt. Durch die wirtschaftliche Not erhöht sich der Druck auf die Mitarbeitenden. Arbeitsplätze sind gefährdet, denn Krankenhäuser können Kostenanstiegen in erster Linie nur durch Personalabbau begegnen. Dies befördert das Gegenteil dessen, was wir in den Krankenhäusern brauchen und anstreben: eine gute Personalausstattung, attraktive Arbeitsbedingungen, Planungssicherheit für unsere Beschäftigten.“. Gemmel weiter: „Die Weigerung des Bundesgesundheitsministers, den Krankenhäusern mit einem Inflationszuschlag und einer 100%-igen Tarifraterate aus der größten Not zu helfen, ist völlig unverständlich. Wieder einmal sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Leidtragenden, die den wirtschaftlichen Druck täglich spüren und kompensieren müssen. Wir brauchen eine gesicherte Finanzierung als Grundlage aller unserer Bemühungen gegen den Fachkräftemangel, um auch zukünftig Menschen für die Arbeit im Krankenhaus zu begeistern. Daher protestieren wir dagegen, dass die Politik uns mit diesen Problemen vollständig alleine lässt!“

Eine zentrale Kundgebung, die die Deutsche Krankenhausgesellschaft zusammen mit der Berliner Krankenhausgesellschaft am 20. September 2023 vor dem Brandenburger Tor in Berlin organisiert, wird aus Hamburg unterstützt.

Für Rückfragen: Dr. Claudia Brase, Telefon 040 / 25 17 36-11, presse@hkgev.de